



GENERATION GLEICHHEIT IN DER NACHHALTIGKEIT KONFERENZ MARIE-SCHLEI-VEREIN

Hamburg 20. November 2020

Professor Dr. h.c. Christa Randzio-Plath, Vorsitzende Marie-Schlei-
Verein

ZIELE DER PEKING+25 AGENDA UND DER NACHHALTIGKEITSAGENDA

- Die Corona-Pandemie hat alle Anstrengungen auf internationaler , europäischer und nationaler Ebene eingedämmt, gleichstellungspolitische Fortschritte zu erzielen. Im Gegenteil: es drohen Rückschritte in die 50er Jahre, Existenzsorgen, weil die Mehrheit der prekär Beschäftigten Frauen sind und die Zunahme von häuslicher Gewalt und sexualisierter Gewalt besorgniserregend ist. Weltweit gibt es fast 30% mehr Gewalt. Auch Femizide haben zugenommen, besonders in Lateinamerika.
- Die Zukunft der Demokratie muss feministisch werden, wenn sie überleben will. Staaten wie Schweden, Finnland, Kanada oder Mexiko haben das bereits erkannt. Schwedens Regierung bezeichnet sich als feministische Regierung, der UN-Generalsekretär als Feminist. 2020: wir erinnern, um zu fordern. Gleichstellung ist keine Realität, in keinem Land der Welt sind Frauen und Männer gleichgestellt. Mindestens 100 Jahre wird es dauern, bis in wenigen Regionen der Welt Gleichstellung durchgesetzt werden kann. Aber wir haben Verantwortung für die nächsten Frauengenerationen. Deswegen erinnern wir uns und lassen nicht nach: „Wer nicht kämpft, hat schon verloren“ war ein geflügeltes Wort der 2. Frauenbewegung.

FRAUENPOLITISCHE MEILENSTEINE

- 75 Jahre UN (1945): Die Vereinten Nationen bekannten sich bei ihrer Gründung 1945 zur Gleichberechtigung von Mann und Frau und räumten der Frau Teilhabe an internationalen Ämtern ein. Die Menschenrechtskonvention und die Menschenrechtspakte verdeutlichten die egalitäre Sicht: jeder Mensch ist gleich an Rechten und Würde geboren.
- Dazu gehört auch 40 Jahre Frauenrechtskonvention (1979): Die Diskriminierung der Frau ist eine Frauen- Menschenrechtsverletzung. Alle Staaten sind verpflichtet, proaktiv gegen Diskriminierungen anzugehen. Überall fehlen Gesetze und Rechtsdurchsetzung: Beispiel Gewalt gegen Frauen, Beispiel Lohndiskriminierung, Beispiel Frauen und Macht
- 20 Jahre Frauen in Frieden und Konflikt, UN-Resolution 1325: Vergewaltigung als Kriegswaffe: die UN wollen das verhindern. Gewalt gegen Frauen in Konflikten aller Art: die UN engagieren sich, viele Staaten haben Aktionspläne wie inzwischen auch Deutschland. Frauen müssen an Friedensverhandlungen beteiligt sein: Es gibt langsame Fortschritte.
- 25 Jahre Peking Aktionsplattform: Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung, Frauenbeteiligung an politischer und wirtschaftlicher macht, Quote, Gendermainstreaming, Gleichstellungsinstitutionen, Gleicher Lohn, Frauen Umwelt und Klima, .Diese Beschlüsse warten trotz aller Fortschritte auf Umsetzung.
- Wir haben die Istanbul- Konvention: Nein heißt Nein!
- Fortschritte in Europa: Wir haben die erste Frau als Kommissionspräsidentin, die erste Gleichstellungskommissarin, die erste verbindliche Gleichstellungsstrategie für alle Mitglieder Kommission und die erste deutsche Gleichstellungsstrategie für alle Regierungsmitglieder.

ZIEL 5 UN-AGENDA FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

- Ziel 5: Geschlechtergerechtigkeit und politisches und wirtschaftliches Empowerment Fördern und durchsetzen. Eine solide Politik und durchsetzbare Rechtsvorschriften zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter beschließen und verstärken. Die Agenda 2030 verpflichtet die Staaten zu einer deutlichen Erhöhung der Investitionen, um die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zu beseitigen. Nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 sind alle Menschen gleich an Rechten und an Würde. Deswegen müssen die Bilanz der Millenniumsziele und der Aufbruch zu einer globalen, universalen und menschenrechtsorientierten Post-2015-Agenda diese gleiche Menschenwürde in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen stellen.
- Frauen und Frauennetzwerke weltweit fordern, dass die Versprechen auf der Weltfrauenkonferenz 1995(Peking- Aktionsplattform) endlich in einem eigenständigen Ziel zugunsten von Geschlechtergerechtigkeit, Gleichheit und Gender Empowerment umgesetzt werden und gleichzeitig die Strategien von Gender Mainstreaming, Gender Budgeting und Frauenförderung alle gemeinsamen anderen bzw. weiteren Zielsetzungen der Weltgesellschaft durchdringen.

ERFOLGE SEIT 1995

- Es gibt unbestreitbare Erfolge: Müttersterblichkeit um 38% gesenkt, 131 Staaten haben Gesetze gegen die Diskriminierung der Frau, 25% der Abgeordneten sind Frauen (Peking 1995:12%). Erbrechte und Eigentumsrechte der Frauen wurden gestärkt. Aber: in vielen Staaten gibt es Berufsverbote gegen Frauen, Lohnungleichheit bleibt mit durchschnittlich 23% zwischen Männer- und Frauenlöhnen ein Skandal weltweit und Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung sowie Beschäftigung im informellen Sektor sind nicht akzeptabel, sondern Diskriminierung.
- Analphabetentum bleibt trotz besserer Einschulungsquoten weiblich.
- Gewalt gegen Frauen trifft eine von vier Frauen weltweit. Zufrieden können Frauen weltweit mit dem gleichstellungsstellungspolitischen Fortschritt nicht sein, wenn Frauen immer noch durch Geschlechterstereotypen diskriminiert werden, Opfer von Männergewalt sind und werden, ungleich bezahlt werden, die sexuelle Autonomie und reproduktiven Rechte verwehrt werden und ihnen die Zuständigkeit für Sorgearbeit zugeschrieben wird, vor allem die unbezahlte Sorgearbeit.

UN-AGENDA 2030

- Die UN-Agenda 2030 übernimmt die Forderungen von Peking. Alle Regierungen haben 2020 schnelle „Besserung“ und Umsetzungserfolge versprochen. 2021 wird erneut Bilanz gezogen auf Frauenkonferenzen in Mexiko und in Paris.
- Die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau sind als eigenständiges Ziel aufgenommen und in alle 17 Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung integriert. In dieser ganzheitlichen Sicht werden die Beendigung der Diskriminierung, die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau als ein wichtiger Weg zur Transformation der tief verwurzelten zivilen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen angesehen, die die Beteiligung von Frauen und Mädchen an der Entwicklung behindern.
- Die Parität von Frauen und Männern in öffentlichen Angelegenheiten und in Führungspositionen ist eine Frage der Menschenrechte, ein Schlüsselement von Demokratie und dauerhaftem Frieden und eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung.

ZIEL 5 GLEICHHEIT UND EMPOWERMENT UND 25 JAHRE PEKING- AKTIONSPLATTFORM

- Weltweit sind alle Foren zu Generation Equality abgesagt und auf 2021 verschoben. Ein ausgeweiteter Konsultationsprozess , an dem Mexiko und Frankreich ,die UN-Women und die Zivilgesellschaft beteiligt werden, soll 2021 vorbereiten. Ziel ist es, den bisherigen Umsetzungsstand der Ziele zur Gleichberechtigung der Geschlechter der Agenda 2030 zu überprüfen und konkrete Aktivitäten zu entwickeln, um diese Ziele bis 2030 zu erreichen. Dabei sollen innerhalb von sechs "Action Coalitions" konkrete und ambitionierte Ziele formuliert und innerhalb der nächsten fünf Jahre umgesetzt werden wie die Themen Gewalt, Partizipation, Parität, Klima, Führung und Feminismus.
- Deutschland macht sich innerhalb dieses Prozesses insbesondere für wirtschaftliche Gerechtigkeit von Frauen, Zugang zu Recht und gegen geschlechtsspezifische Gewalt stark und leitet die entsprechende Action Coalition.
- Der coronabedingte Roll-Back weltweit ängstigt Frauen und verstetigt die Gewalt gegen Frauen wie die Geschlechterstereotype.

GENERATION GLEICHHEIT

- Die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau sind als eigenständiges Ziel aufgenommen und in alle 17 Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung integriert. In dieser ganzheitlichen Sicht werden die Beendigung der Diskriminierung, die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau als ein wichtiger Weg zur Transformation der tief verwurzelten zivilen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen angesehen, die die Beteiligung von Frauen und Mädchen an der Entwicklung behindern.
- Die Parität von Frauen und Männern in öffentlichen Angelegenheiten und in Führungspositionen ist eine Frage der Menschenrechte, ein Schlüsselement von Demokratie und dauerhaftem Frieden und eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung.

UNGLEICHHEIT IST EIN ÄRGERNIS

- Die zunehmende Ungleichheit verschärft sich durch die Corona-Pandemie. Zu Recht haben internationale Frauenrechtskonventionen und internationale Frauenpolitik den Finger auf die Wunde gelegt. Die strukturelle Ungleichheit muss überwunden werden. Dazu gehören :
- Parität in allen Entscheidungen einer parlamentarischen Demokratie
- Gender Economic Empowerment
- Lohngleichheit und neue Bewertung von Arbeit
- Daseinsvorsorge – und Daseinsfürsorge, die auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle umfasst und vor allem
- Die Überwindung der Geschlechterstereotypen

FRAUEN UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

- Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche seit den 90er-Jahren hat dazu geführt, dass Menschen als Wirtschaftsobjekt und Wirtschaftssubjekt eingeblendet, ihre Rechte und Würde hingegen vernachlässigt wurden. Deswegen hat die Frauenemanzipation so wenige Fortschritte zu verzeichnen. Die Aktionsplattform von Peking 1995 bleibt auch 25 später das Grundbuch für Veränderungen, wenn es um Geschlechtergerechtigkeit und Gender Empowerment geht.
- Der rechtlichen und politischen Mündigkeit der Frau im 20. Jahrhundert ist die faktische Geschlechtergleichstellung im 21. Jahrhundert bisher nicht gefolgt. Frauen verrichten nach wie vor zwei Drittel der Weltarbeitsstunden, verdienen nur 10 % des Welteinkommens, sind Lohnarbeiterinnen oder Selbständige im informellen Bereich ohne soziale Absicherung, sind Opfer von Menschenhandel, von sexualisierter Gewalt, Ausbeutung und krank machende Arbeitsbedingungen, aber auch von Klimawandel und Umweltpolitischen Herausforderungen.

ZWEI PROBLEME- ZWEI LÖSUNGEN

- Forderung 1: Geschlechtergerechtigkeit kann durchgesetzt werden, wenn mit und nicht ohne Frauen entschieden wird. Deswegen wird für Deutschland wie weltweit die Geschlechterparität für alle öffentlichen Ämter und Mandate gefordert.
- Forderung 2: Wirtschaftliches Empowerment von Frauen muss dazu führen, dass in Entwicklungsländern die Arbeit der Frauen im informellen Sektor ohne Sozialschutz beendet wird und dass in allen anderen Ländern prekäre Beschäftigung verboten wird. Gleichzeitig muss die Lohnungleichheit beendet werden.